

N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 50. Sitzung des Stadtbezirksbeirates Altstadt (SBR Alt/050/2019)

am Dienstag, 29. Januar 2019,

17:30 Uhr

**im Neuen Rathaus, 1. Etage, Raum 1/13,
Dr-Külz-Ring 19, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung: 17:30 Uhr
Ende der Sitzung: 22:26 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender
André Barth

Stellvertretende/-r Vorsitzende/-r
Mandy Pretzsch

Mitglied Liste CDU

Martin Adam anwesend ab 17:49 Uhr
Thomas Fehlisch
Peter Findeisen
Lutz Hoffmann
Norbert Waldhelm

Mitglied Liste DIE LINKE

Christopher Colditz
Marco Dziallas
Beate Koltermann
Patrick Marschner
Rainer Pietrusky

Mitglied Liste Bündnis 90/Die Grünen

Susanne Krause
Andrea Schubert anwesend ab 17:36 Uhr

Mitglied Liste SPD

Hannelore Rollow
Edwin Seifert

Mitglied Liste FDP

Marko Beger

Mitglied Liste PIRATEN

Florian Andreas Vogelmaier

Stellvertretende Mitglieder

Pascal Scholtys Vertretung für Frau Dr. Jutta Petzold-Herrmann
Ralf Schutt Vertretung für Herrn Richard Helth

Abwesend:

Mitglied Liste SPD

Dr. Jutta Petzold-Herrmann

Mitglied Liste Alternative für Deutschland

Richard Helth

Mitglied Liste Bündnis Freie Bürger

Mirco Piprek

Verwaltung:

Herr Pieper	Stadtplanungsamt, SGL Stadterneuerung
Herr Mann	Stadtplanungsamt, Stadtplanung Innenstadt, SGL Altstadt
Frau Holz	Stadtplanungsamt, Stadtplanung Innenstadt, Stadtplanerin
Herr Kubanek	Amt für Hochbau u. Immobilienverw., SGL Mietvertragsverwaltung
Herr Kügler	Amt für Hochbau u. Immobilienverw., SGL Verkauf/Erbbaurecht
Herr Prof. Koettnitz	Straßen- und Tiefbauamt, Amtsleiter
Frau Mally	GB Arbeit, Soz., Gesundh. und Wohnen, Referentin Wohnpolitik
Herr Dr. Glatte	Stadtplanungsamt, SB Wohnflächenplanung
Frau Menicke-Schwarz	Kunsthhaus Dresden, Leiterin

Gäste:

Herr Weiße	Ingenieurbüro IBK Dresden
Herrn Martin Fiedler	Wir gestalten Dresden, GF der neongrau. OHG Dresden
Frau Dickert	Vorstand im ADFC Dresden e. V.

Schriftführer/-in:

Frau Lack	SB StB-Angelegenheiten/Wahlen/Bürgerbeteiligung
-----------	---

T A G E S O R D N U N G**öffentlich**

- 1** Vorstellung des Planungsstandes zur Umgestaltung des Bönischplatzes
- 2** Anträge und Vorlagen zur Beratung und Berichterstattung an die Gremien des Stadtrates
 - 2.1** Bebauungsplan Nr. 3027, Dresden-Altstadt I Nr. 47, Ferdinandplatz hier:
 1. Änderung der Grenzen zum Bebauungsplan
 2. Billigung des Entwurfs zum Bebauungsplan
 3. Billigung der Begründung zum Bebauungsplan-Entwurf
 4. Durchführung des Beteiligungsverfahrens zum Bebauungsplan-Entwurf
 - 2.2** Ausübung des Optionsrechts zur Mietvertragsverlängerung um weitere 5 Jahre bis 30. September 2026 im World Trade Center Dresden
 - 2.3** Veräußerung von Grundstücken im Wege des vereinfachten Umlenungsverfahrens "Friedrichstädter Tor" gem. §§ 11, 80 BauGB

**V2670/18
beratend****V2720/18
beratend****V2566/18
beratend**

- | | | |
|------------|--|------------------------------|
| 2.4 | Änderung der Satzung der Landeshauptstadt Dresden über die Ausübung von Straßenkunst (Änderung Satzung Straßenkunst) | V2741/18
beratend |
| 2.5 | Wohnkonzept der Landeshauptstadt Dresden | V2695/18
beratend |
| 2.6 | Erhalt der ehemaligen Robotron-Kantine und deren Überführung in städtisches Eigentum | A0508/18
beratend |
| 2.7 | Unverzüglich sichere Radwege auf der St. Petersburger Straße herstellen! | A0488/18
beratend |
| 3 | Kontrolle der Niederschrift zur 49. Sitzung des Stadtbezirksbeirates am 12.12.2018 | |
| 4 | Informationen, Hinweise und Anfragen | |

öffentlich

Einleitung:

Der Vorsitzende, Herr Barth, begrüßt die Mitglieder und Stellvertreter des Stadtbezirksbeirates Altstadt sowie die Gäste zur 50. Sitzung. Die Einladung erfolgte form- und fristgerecht. Von 19 Stadtbezirksbeiräten sind 16 anwesend, sodass die Beschlussfähigkeit festgestellt wird. Anträge zur Tagesordnung liegen nicht vor. Herr Scholtys wird als neuer Stellvertreter von Dr. Frau Petzold-Herrmann vom Vorsitzenden begrüßt und vorgestellt. Für die Unterzeichnung des Protokolls werden Herr Hoffmann und Herr Seifert vorgeschlagen. Der Vorsitzende gratuliert Herrn Pietrusky, Herrn Dziallas, Frau Koltermann, Herrn Fehlisch und Herrn Hoffmann nachträglich zum Geburtstag.

Herr Barth bittet für den Verlauf der Sitzung um Beachtung der Beratungsregeln nach § 10 Abs. 4 der GO Stadtbezirksbeirat. Danach darf durch die Stadtbezirksbeiräte höchstens zweimal zu demselben Verhandlungsgegenstand gesprochen werden.

1 Vorstellung des Planungsstandes zur Umgestaltung des Bönischplatzes

Der Vorentwurf zur Umgestaltung des Platzes wurde in der Aprilsitzung 2018 präsentiert. Der heutige Tagesordnungspunkt ist Resultat einer Anfrage des Stadtbezirksbeirates Altstadt aus der Dezembersitzung, mit der Bitte um Vorstellung des aktuellen Planungsstandes, informiert der Vorsitzende.

Herr Pieper vom Stadtplanungsamt und Planer Herr Weise stellen den Planungsstand vor. Zunächst berichtet Herr Pieper von den Anfängen der Beteiligung am Planungsprozess. 2015 habe sich der Quartiersbeirat mit dem Platz beschäftigt und erste Vorschläge und Wünsche formuliert. An zwei Tagen im September 2017, habe man zusammen mit dem Quartiersmanagement Nördliche Johannstadt Befragungen vor Ort durchgeführt. 166 Fragebögen erhielt man dabei für eine Auswertung zurück. In einer Planungswerkstatt im November 2017, mit 33 Teilnehmern,

habe man die aufgearbeiteten Ideen zusammengeführt und das Ergebnis am 27. Januar 2018 in einer Informationsveranstaltung vorgestellt. Die Erfüllbarkeit der Anregungen wurde im weiteren Planungsprozess wie folgt bewertet und eingearbeitet.

Frau Schubert tritt 17:36 Uhr der Sitzung bei. Es sind 17 Stadtbezirksbeiräte anwesend.

Folgende Wünsche habe man in der aktuellen Planung berücksichtigen können:

- kein Überfahren der Spitze
- Übergang an der Pfothenhauer Str. schaffen
- Einbahnstraße festlegen
- Brunnen bauen → Trinkbrunnen
- Sitzbänke mit Lehne aufstellen
- Barrierefreiheit sichern
- Betonsperren abbauen
- Bäume pflanzen/erhalten → 18 Neupflanzungen
- Pkw-Stellplätze reduzieren → von 90 auf 45 Stellplätze
- Radstellplätze schaffen → 20 Stück
- Mobilitätspunkt einrichten/optimieren → 3 Carsharing Plätze
- Wochenmarkt einrichten
- Bezug zur ehem. Blumenstraße sichern → spätestens mit der Vorstellung der fortschreitenden Planung zum Stadtteilhaus werde man Erschließungsvarianten zur Querung präsentieren
- Bürgerbeteiligung organisieren

Folgende Wünsche seien in Prüfung bzw. können nicht unmittelbar mit der Planung realisiert werden:

- Haltestelle DVB verschönern → nicht über Städtebauförderung abbildbar, mit anderen Finanzierungsmöglichkeiten aber denkbar
- öffentlichen Bücherschrank bauen → Bücherschrank ist im privaten Bereich vorgesehen aber nicht auf öffentlichen Flächen möglich und damit nicht Bestandteil der Planung
- Gastronomie Außensitzplätze schaffen → Bürgersteige haben mit der Planung eine ausreichende Breite dafür. Sondernutzungserlaubnisse müssten nur beantragt werden.
- gemeinsame Pflanzaktionen → nicht ganz ausgeschlossen, aber bei Baumpflanzungen schwierig

Folgende Wünsche habe man nicht umsetzen können:

- Geruchsbelästigung vermeiden → temporärer Geruch am Kanaleinstieg unvermeidbar
- Vermüllung reduzieren → sicher Ziel, könne aber nicht Bestandteil der Planung sein
- Ersatz-Pkw-Stellplätze auf Wochenmarktfläche schaffen → diesem Wunsch sei man auch auf Grund der Meinung des Ortsbeirates Altstadt nicht gefolgt
- Vonovia Flächen einbeziehen → nicht möglich, da Vonovia für ihre Fläche eigene Entwicklungen vorsehe
- Boulespiel ermöglichen auf dem Kernbereich → nicht möglich, da Beschädigung der Fläche prognostiziert

Herr Adam tritt 17:49 Uhr der Sitzung bei. Es sind 18 Stadtbezirksbeiräte anwesend.

Im Vergleich zur im April 2018 im Stadtbezirksbeirat Altstadt vorgestellten Planung sei neu:

- die Lage und Dimensionierung des Mobilitätspunktes, welcher jetzt im Kernbereich des Platzes vorgesehen werde.
- die Lage der Haltestelle, welche auf Grund von technischen Belangen etwas verschoben werden musste.
- die Lage und Art bestimmter Ausstattungselemente (z. B. besondere Sitzbank im östlichen Bereich, dekorative Lampe an der Ostspitze).
- der leicht verschobene Standort der neu zu pflanzenden Bäume.
- das Aufzeigen der gestalterischen Möglichkeiten zur Anbindung angrenzender Flächen. Auf der Fläche der Verbrauchergemeinschaft plane man u. a. die Aufstellung des Bücherschranks. Auf Grund der Vielzahl der Eigentümer (ca. 60) gebe es aber noch keine klare Haltung, in welcher Art man eine Zusammenarbeit wünscht. Man befinde sich weiter im Abstimmungsprozess.
- die Kostenerhöhung auf von geplanten 800 T€ ca. 1,75 Mio. € (Grund: Gestaltungsanforderungen, Gestaltungsqualität, Umsetzung der Wünsche aus Bürgerbeteiligung)
- eine erforderliche Höherlegung des Platzes.
- ein zu fällender Baum an der Ecke Pfothenauer Str./Bundschuhstraße auf Grund seines Zustandes.

Zurzeit bereite man einen Stadtratsbeschluss auch auf Grund der Kostenerhöhung vor. Diese Vorlage werde dann auch noch einmal im Stadtbezirksbeirat vorgestellt.

Die Baudurchführung plane man von März bis September 2020.

Schwerpunkte der Diskussion:

Der Stadtteilverein, als möglicher Betreiber des Bücherschranks, treibe weiterhin den Abstimmungsprozess zu dessen Aufstellung voran, berichtet Frau Schubert. Eine generelle Regelung innerhalb der Landeshauptstadt Dresden zur Aufstellung und Unterhaltung von Bücherschränken wäre perspektivisch wünschenswert. In Frage stellt sie zudem die Baumerhaltungsmöglichkeiten bei der nun geplanten Platzanhebung. Herr Weis entgegnet, dass laut Amt für Stadtgrün und Abfallwirtschaft eine Erhöhung von 10 bis 15 cm unkritisch eingeschätzt werde.

Gefragt wird zur Elektroladestation am Mobilitätspunkt. Herr Weis führt aus, dass man dies nur für das Carsharing vorsehe. Herr Barth gibt in Bezug zum erklärten Ziel E-Mobilität zu fördern, zu bedenken, dass Elektroladestationen für private Pkw, selbst wenn sie jetzt nicht gebaut würden, zumindest technisch vorgesehen werden müssten, wenn man den Platz schon einmal anfasse. Das Argument wird vom Stadtplanungsamt mitgenommen.

2 Anträge und Vorlagen zur Beratung und Berichterstattung an die Gremien des Stadtrates

2.1	Bebauungsplan Nr. 3027, Dresden-Altstadt I Nr. 47, Ferdinandplatz hier:	V2670/18
	1. Änderung der Grenzen zum Bebauungsplan	beratend
	2. Billigung des Entwurfs zum Bebauungsplan	
	3. Billigung der Begründung zum Bebauungsplan-Entwurf	
	4. Durchführung des Beteiligungsverfahrens zum Bebauungsplan-Entwurf	

Herr Mann, Frau Holz und Herr Korntheuer vom Stadtplanungsamt stellen den Bebauungsplan vor.

Zur Entstehung des Vorhabens informiert Herr Mann: In dem, im Jahr 2017 durchgeführten, Werkstattverfahren habe sich die damalige Jury im Ergebnis für einen Entwurf des Büros Barcode architects aus Rotterdam ausgesprochen, welcher dann Basis für den Bebauungsplan geworden sei. Die Möglichkeit, welcher dieser Entwurf biete, sei vor allem die Stärkung der Verbindung aus Richtung Prager Straße, über den Ferdinandplatz, an der Kreuzkirche vorbei, bis hin zum Neumarkt. Angepasst habe man den Entwurf hinsichtlich der Blickbeziehungen. Gebäudekanten seien leicht versetzt worden, so dass der Rathausturm in der Nahbereichsperspektive mittig hervortrete. An den Proportionen habe man gearbeitet. Für eine imposantere Wirkung und zur Schaffung eines Blickfangs an der Ecke Georgplatz schlage der Bebauungsplan jetzt einen schlanker wirkenden Turm von bis zu 60 m vor.

Frau Holz nennt einige Festsetzungen des Bebauungsplans:

- Anbau an das Karstadt mit drei Staffelgeschossen und als Kerngebiet (MK) mit der vorrangigen Nutzung Handel ausgewiesen
- Schaffung Durchgang zwischen Karstadt und Parkplätzen
- zwei Gebäude als Gemeinbedarfsfläche zur Unterbringung der Verwaltung (VWZ 01 und 02), dazwischen Wegebeziehungen und Plätze
- Turm an der Ecke Georgplatz mit einer Höhe von 30 bis 60 m im VWZ 01
- Schaffung von Freiflächen: zwei Platzbereiche, davon einer mit Brunnenanlage oder Wasserspiel
- Baumreihe entlang der St. Petersburger Straße, locker angeordnete Bäume zwischen den Gebäuden mit Verdichtung an den Plätzen
- Erschließung des VWZ 01 ausschließlich über die Waisenhausstraße
- Mehrere Erschließungsvarianten für das VWZ 02 möglich: Sowohl die Querung der Straßenbahngleise, eine Unterführung an dieser Stelle zur Tiefgarage sowie die ausschließliche Nutzung der bestehenden Zufahrt am Wöhrl werde ausgewiesen, wobei letzteres von der Verwaltung favorisiert und weiter geplant werde
- Festsetzungen zu Dachbegrünung und Fotovoltaikanlagen

Herr Korntheuer zeigt Aufnahmen aus der Standortuntersuchung. Zu sehen sind Fotos der Stadtsilhouette aus verschiedenen Blickwinkeln mit jeweils dem grafisch eingearbeiteten Turm in seiner Maximalhöhe von 60 m. Veranschaulicht wird damit, dass sich das Gebäude in seiner Spitze aus vielen Perspektiven hinter der historischen Ansicht befinde und sich aus anderen daneben einordne. Aus wenigen Perspektiven südlicher Richtung verdecke der Turm teilweise historische Gebäude wie das Rathaus. Weitere Visualisierungen zeigen die Wirkung des Turms in verschiedenen Höhen neben den Bestandsgebäuden.

Die Offenlage des Bebauungsplans sehe man für das erste Quartal 2019 vor, informiert Frau Holz abschließend. Parallel dazu werde das Hochbauamt den wettbewerblichen Dialog vorantreiben.

Schwerpunkte der Diskussion:

Diskutiert wird vorrangig zur Höhe des Turms. Herr Seifert gibt die Bausymbolik zu bedenken: Brauche eine Verwaltung in dienender Funktion einen Turm? Niedriger wäre angemessener.

Frau Krause entgegnet, dass dies nicht Frage der Nutzung, sondern der Architektur sei. Höher wirke schlanker und proportionierter. Dem stimmt auch Herr Vogelmaier zu. Herr Hoffmann schlägt eine Kompromisshöhe von z. B. 55 m vor. Frau Holz erläutert, dass der Bebauungsplan eine Höhe von 30 bis 60 m zulasse. Spielräume seien zudem auch bezüglich der Position des Turms gegeben. Diese müsse nicht zwingend an der Ecke des Gebäudes sein, sondern könne auch mittiger platziert werden.

Nachgefragt wird zur Erschließung. Auf Grund des großen zu erwartenden Konfliktpotenzials wird die dringende Bitte, nicht noch eine zusätzliche Einfahrt an der St.-Petersburger Straße zu erreichen, geäußert. Frau Holz verweist auf ihre vorherigen Ausführungen: Der Bebauungsplan bilde alle möglichen Erschließungsvarianten ab, um so flexibel wie möglich zu sein. Favorisiert und geplant werde aber aktuell die Erschließung über die bestehende Wöhr-Zufahrt. Herr Hoffmann regt die Verbindung der Wöhr-Tiefgarage mit der neu entstehenden an. So gebe es nur eine Tiefgarageneinfahrt. Frau Holz sagt, dass dies technisch nicht möglich sei, lediglich die Karstadt-Tiefgarage sei mit der Wöhr-Tiefgarage unterirdisch theoretisch verbindbar.

Gefragt wird nach der Höhe des Verwaltungsflächenbedarfes. Herr Mann erläutert, dass die Bedarfsabfrage beim Hochbauamt noch nicht abgeschlossen sei. Werte seien sehr dynamisch und letztlich dann im wettbewerblichen Dialog zu definieren.

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage V2670/18 abstimmen:

Abstimmungsergebnis: Zustimmung
Ja 16 Nein 0 Enthaltung 2

2.2 Ausübung des Optionsrechts zur Mietvertragsverlängerung um weitere 5 Jahre bis 30. September 2026 im World Trade Center Dresden V2720/18 beratend

Herr Kubanek vom Amt für Hochbau und Immobilienverwaltung bittet um Zustimmung zur Verlängerung des bestehenden Mietvertragsverhältnisses im World Trade Center um weitere 5 Jahre bis 30.06.2026. Dies sei im Sinne der gesamtstädtischen Strategie zur Unterbringung der Verwaltung. Die Option zur Verlängerung bestehe noch bis 31.03.2019. Es gibt dazu keinen Diskussionsbedarf.

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage V2720/18 abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung
Ja 17 Nein 0 Enthaltung 1

2.3 Veräußerung von Grundstücken im Wege des vereinfachten Umlegungsverfahrens "Friedrichstädter Tor" gem. §§ 11, 80 BauGB V2566/18 beratend

Herr Kügler vom Amt für Hochbau und Immobilienverwaltung stellt die Vorlage vor. Herr Mann vom Stadtplanungsamt steht für Fragen zum Vorhaben zur Verfügung.

Da es sich nicht um eine amtliche Umlegung nach BauGB handle, sei neben dem bereits gefassten Beschluss des Umlegungsausschusses auch ein Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften erforderlich, erläutert Herr Kügler. Man sehe mit der

Vorlage vor, Grundstücke und Miteigentumsanteile von insgesamt 5.286 m² zu einem Preis von 778.387 € an den Erwerber zur Umsetzung seines Vorhabens, der Errichtung eines Wohn- und Geschäftshauses „Friedrichstädter Tor“, zu veräußern. Im gleichen Verfahren erwerbe die Landeshauptstadt Grundstücksteile und Rechte. Wesentliches vom Erwerber zu realisierende sei die Errichtung der „Grünen Mitte“ in Form eines öffentlichen Parks mit hoher Aufenthaltsqualität, Spielangeboten, Bestandsbäumen und günstiger Erreichbarkeit aus der Umgebung, welche im städtischen Eigentum verbleibe. Auferlegt werde dem Investor zudem 15 Prozent (gleich 1.090 m²) sozial geförderter Wohnungsbau.

Schwerpunkte der Diskussion:

Dass die spätere „Grüne Mitte“ als Fläche mit 0 € bewertet wurde, stößt auf Kritik. Dies sei schwer nachzuvollziehen, so einige Wortmeldungen. Von der Vergoldung des Projekts wird gesprochen und von der Unwirtschaftlichkeit für die Landeshauptstadt Dresden. Nach den Wertermittlungsgrundsätzen sei für eine spätere öffentliche Grünfläche kein Verkaufserlös anzusetzen, so das Ergebnis im Gutachterausschuss, erläutert Herr Kügler. Herr Barth sagt, dass man dies auch noch aus einem anderen Blickwinkel betrachten müsse. Die „Grüne Mitte“ sei ein positives Beispiel für Entwicklung und Bürgerbeteiligung vor Ort. Der Investor verzichte im Ergebnis auf die Errichtung eines Gebäudes und stelle für den Stadtteil eine Grünfläche für ca. 300.000 € her und letztlich bereit. Zur Gestaltung dieser Fläche gab es einen intensiven Beteiligungs- und Abstimmungsprozess mit Stadtverwaltung, Investor und Bürgerschaft zusammen. Gegenüber der Ursprungsversion, sei dies jetzt ein Vorhaben, welches sich deutlich weiter und positiv entwickelt habe und als Kompromiss von den Anwohnern getragen werde.

Zum Hochwasserschutz wird gefragt. Herr Mann bestätigt, dass das Vorhaben nicht im Überschwemmungsgebiet, sondern im hochwassergefährdeten Gebiet liege. In Eigenvorsorge müsse der Bauherr hier geeignete Maßnahmen im Bauantragsverfahren nachweisen, z. B. die Gewährleistung der Flutung der Tiefgarage.

Zur „Grünen Mitte“ wird nochmal konkret nachgefragt. Herr Kügler antwortet, der Investor werde zur Herstellung und Entwicklungspflege für 3 Jahre verpflichtet. Danach gehe die Grünfläche in die Unterhaltung durch das Amt für Stadtgrün und Abfallwirtschaft über.

Zur Rechtsnachfolge und Sicherheit wird gefragt. Durch Bürgerschaft werde die Errichtung der „Grünen Mitte“ gesichert und bei einer Weiterveräußerung müssten zudem auch die Pflichten mit veräußert werden, erläutert Herr Kügler.

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage V2566/18 abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung
Ja 10 Nein 4 Enthaltung 4

2.4 Änderung der Satzung der Landeshauptstadt Dresden über die Ausübung von Straßenkunst (Änderung Satzung Straßenkunst) V2741/18 beratend

Herr Professor Koettnitz, Amtsleiter des Straßen- und Tiefbauamtes, stellt dem Stadtbezirksbeirat die Vorlage vor. Die bestehenden Regelungen zur Ausübung von Straßenkunst hätten sich bewährt. Allgemein sei ein Rückgang der Beschwerdelage zu verzeichnen. Allerdings seien die Beschwerden in Zusammenhang mit akustisch wahrnehmbarer Straßenkunst mit Lautstärkern

kaum zurückgegangen und in letzter Zeit wieder angestiegen. Er geht in diesem Zusammenhang auch auf einen Beschluss aus dem Jahr 2018 des Petitionsausschusses zur „Straßenmusik mit Verstärkeranlagen“ ein und bittet um Zustimmung zum vorgeschlagenen Verbot des Einsatzes von Lautsprechern und Verstärkern bei der Ausübung der Straßenkunst.

Schwerpunkte der Diskussion:

Man diskutiert über das Verbot von Lautsprechern und Verstärkern anhand des Einwandes von Herrn Vogelmaier, dass damit vielzählige Straßenkunstattraktionen wegfallen würden. Außer pantomimischer Darstellungen gebe es dann keine Möglichkeiten mehr Straßenkunst auszuüben. Herr Professor Koettnitz entgegnet, dass musikalische Darbietungen möglich blieben, nur ohne Einsatz von Verstärkern. Die Sichtweise von Herrn Vogelmaier findet Zuspruch. Gute Straßenkunst solle erhalten bleiben, dennoch müsse auf Beschwerden von Anwohnern und Gewerbetreibenden aufgrund der Lautstärke eingegangen werden, so weitere Wortmeldungen. Ein Verbot wird auch im Hinblick auf die Bewerbung Dresdens als Kulturhauptstadt kritisch angesehen.

Man schlägt die Kompromisse vor, Auftrittsorte voneinander abzugrenzen und Areale zu definieren, an denen es möglich sei mit Verstärkern Straßenkunst ausüben zu dürfen, um eine gänzlichen Untersagung der Verwendung von Lautsprechern abzuwenden. Herr Professor Koettnitz erklärt, dass die Definierung solcher Areale nicht einfach sei, da sich Darstellungsflächen überschneiden und durch die hohe Bebauung der Schallpegel an vielen Stellen enorm hoch sei.

Ein Dezibel-Limit wird angeregt. Überwacht werden könnte dies durch das Ordnungsamt mittels Handy App, so eine Wortmeldung. Herr Professor Koettnitz äußert sich dazu kritisch und stellt die Exaktheit solcher Messungen infrage, da diese nur Momentaufnahmen darstellten. Es wird diskutiert, ob es möglich sei, eine Einzelfallbetrachtung bei jedem Straßenkünstler durchzuführen und individuelle Regelungen zu finden, um einen Kompromiss zwischen den Interessen der Straßenkünstler und den Anwohner bzw. Gewerbetreibenden zu schaffen. Dazu müssten stets alle Beurteilungskriterien vorliegen, um gerecht zu handeln, antwortet Herr Prof. Koettnitz.

Herr Vogelmaier kündigt einen Ersetzungsantrag an, mit dem Ziel, das Verbot vom Einsatz von Lautsprechern und Verstärkern bei Ausübung der Straßenkunst von dem Verbot von Aufführungen mit Tieren und dem zur Schau stellen von Tieren getrennt voneinander zu behandeln. Dies findet Zuspruch.

Zur Formulierung eines Ersetzungsantrages stellt Herr Hoffmann einen Antrag auf 10 min Pause. Es gibt keine Gegenreden.

Die Sitzung wird 19:37 Uhr unterbrochen.

Die Sitzung wird 19:47 Uhr fortgesetzt.

Der Vorsitzende lässt über folgenden, von Herrn Vogelmaier eingereichten, Ersetzungsantrag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

~~Der Stadtrat beschließt die Änderung der Satzung der Landeshauptstadt Dresden über die Ausübung von Straßenkunst (Satzung Straßenkunst) gemäß Anlage 1.~~

1. **Der Stadtbezirksbeirat befürwortet das Verbot der Aufführungen mit Tieren oder das zur Schau stellen von Tieren.**
2. **Der Stadtbezirksbeirat lehnt das generelle Verbot des Einsatzes von Verstärkern ab.**
3. **Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Drittel der für Straßenkunst zugelassenen Areale für Aufführungen mit Verstärkern auszuweisen.**

Abstimmungsergebnis: Ersetzung
Ja 17 Nein 0 Enthaltung 1

2.5 Wohnkonzept der Landeshauptstadt Dresden

**V2695/18
beratend**

Frau Mally vom Geschäftsbereich Arbeit, Soziales, Gesundheit und Wohnen und Herr Dr. Glatter aus dem Stadtplanungsamt stellen die Vorlage vor.

Das Wohnkonzept sei eine Gemeinschaftsarbeit der Geschäftsbereiche Arbeit, Soziales, Gesundheit und Wohnen sowie Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften der Landeshauptstadt Dresden. Es sei als Strategiepapier angelegt, erklärt Frau Mally. Es erreiche nicht die Tiefenschärfe eines Fachkonzeptes, das alle Einzelmaßnahmen durch Zeit- und Finanzierungspläne konkretisierte. Als Strategie zur Entwicklung des Dresdner Wohnungsmarktes sei es jedoch ein wichtiger Orientierungs- und Handlungsrahmen für die Kommunalpolitik, die Stadtverwaltung und alle Wohnungsmarktakteure. Für die kommunale Wohnungspolitik und Stadtverwaltung diene das Wohnkonzept als verbindlicher Leitfaden für wohnungspolitische Rahmenseetzungen und Interventionen. Kommunale Planungen und Konzepte, die Berührungspunkte zum Themenfeld Wohnen aufweisen, sollten sich daran ausrichten. Für die Wohnungsmarktakteure, d. h. die Bauträger und Projektentwickler, privaten und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen, die Mieterinnen und Mieter sowie deren Interessenvertreter sei es eine wichtige Informationsgrundlage, mit der die Schwerpunkte und Strategien der städtischen Wohnungspolitik in transparenter und zusammengefasster Form vermittelt werden. Im Folgenden informiert Frau Mally, für eine bessere Orientierung im Konzept, zu dessen Aufbau und Strukturierung.

Herr Dr. Glatter erläutert den Zusammenhang des Wohnkonzeptes mit dem Wohnungsmarktbericht des Stadtplanungsamtes, welcher aktuell für das Jahr 2018 veröffentlicht wurde. Die Publikation „Wohnungsmarktbericht 2018“ wird den Stadtbezirksbeiräten ausgehändigt. Der Wohnungsmarktbericht, so Herr Dr. Glatter, ergänzt den Teil 1 – Wohnungsmarktanalyse und -prognose des Wohnkonzeptes mit Analysen, Werten und Zahlen im Detail.

Schwerpunkte der Diskussion:

Sinn des Konzeptes, so Frau Mally auf Nachfrage, sei das Aufzeigen des Weges, wohin die Stadt mit ihrer Entwicklung des Wohnungsmarktes möchte; untersetzt mit konkreten Maßnahmen. Im Folgenden seien nun die Maßnahmen zu begleiten, die im Konzept enthaltene Prüfaufträge zu erfüllen und das Konzept stetig den Entwicklungen anzupassen.

Zur fehlenden Fehlbelegungsabgabe wird gefragt. Herr Dr. Glatter erläutert, dass die Einführung einer solchen Abgabe in Länderhoheit läge. Sachsen besäße aktuell keine entsprechende Satzung. Sollte man deren Erlass zukünftig erwägen, müssten alle Argumente gut abgewogen werden. Eine Abgabe bedeute nicht, dass die betreffende Wohnung dadurch frei werde, gibt er zu bedenken. Zudem wäre ein damit verbundener Verwaltungsaufwand enorm groß.

Herr Waldhelm regt eine einheitliche Wortwahl im Konzept an. Man sollte nur das Wort Wohnungslose anstelle Wohnungslose oder Oberdachlose durchweg verwenden. Auf S. 24 Pkt. 26 sollte zudem die Hilfe in besonderen soz. Schwierigkeiten nach SGB XII als Verfahrensschritt zwischen Prävention und Gefahrenabwehr eingefügt werden. Frau Mally nimmt die Anregungen mit.

Gebeten wird um Erläuterung von „housing first“. Frau Mally sagt, dass damit das Prinzip einer Grundsicherung - erst die Wohnung, unabhängig von allen Bedingungen - gemeint sei. Zur Umsetzung der kooperativen Baulandentwicklung wird gefragt. Herr Dr. Glatter informiert, dass dazu eine neue Abteilung mit integrierter Wohnungsbauförderung im Stadtplanungsamt gegründet wurde. U. a. berate man dort Bauherren zu Fördermöglichkeiten für die Umsetzung des 30%igen Anteils an sozialem Wohnungsbau. Frau Mally ergänzt, dass es zum kooperativen Baulandmodell noch eine separate Vorlage geben werde.

Der vermehrt strategische Erwerb von Flächen durch die Stadt wird von Herrn Beger kritisiert. Positiv sei das Konzept aber nach seinem Ansinnen nach zu bewerten. 30 % soz. Wohnungsbau schätze er jedoch zu hoch ein. 10 -15 % wären ausreichend. Herr Dr. Glatter erläutert, dass kommunale Wohnungspolitik nicht ohne kommunale Liegenschaften funktioniere, dies zeige sich an Beispielen anderer Städte. Wenn die Kommune keine Verfügbarkeit über Land habe, dann könne sie so gut wie keinen Einfluss mehr auf die Wohnungsmarktentwicklung nehmen.

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage V2695/18 abstimmen:

Abstimmungsergebnis: Zustimmung
Ja 15 Nein 1 Enthaltung 1

(Herr Findeisen befand sich während der Abstimmung nicht im Raum.)

2.6 Erhalt der ehemaligen Robotron-Kantine und deren Überführung in städtisches Eigentum **A0508/18 beratend**

Stadtbezirksbeirat, Herr Dziallas, stellt den Antrag vor, welcher das Ziel verfolge, die ehemalige Robotron-Kantine zu erhalten und in kommunales Eigentum zu überführen. Dieses Bauwerk in der Lingnerstadt sei ein architektonisches Gebäude der Ostmoderne, kein Typenbau, sondern eigens für diesen Ort im Stadtzentrum entworfen. Mit dem Erhalt dieses Gebäudes aus der Nachkriegsmoderne und dem geplanten neuen Wohnquartier im Blüherpark könnte ein spannender Stadtteil entstehen, in dem die Stadtgeschichte sichtbar bliebe. Da die ehemalige Robotron-Kantine ein großes, multifunktionell nutzbares Gebäude sei, strebe man eine Zusammenführung der beiden bekannten Konzepte Kunsthaus und Open Future Lab an. Man plane einen zentralen Ort der Kultur, des Dialoges und der Kreativität, auch auf Hinblick der Bewerbung Dresdens um den Titel Kulturhauptstadt 2025.

Herr Barth informiert zur Sicht des Geschäftsbereiches für Kultur und Tourismus. Vom Grundsatz stimme man einem Erhalt zu. Die Kantine könnte das Ausstellen großformatiger Kunst unter exzellenten Bedingungen ermöglichen. Zur Umsetzung des Beschlusses seien allerdings 12,5 bis 15,5 Mio. Euro notwendig, die derzeit nicht im Haushaltsentwurf zur Verfügung stünden. Man sollte ein konkretes Nutzungskonzept bis Mitte 2019 vorliegen haben um es mit in die Bewerbung Dresdens als Kulturhauptstadt 2025 einfließen lassen zu können. Begrüßt werde eine aktive Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Partnern der Stadtgesellschaft und den Bürgern. Zu Bedenken wird gegeben, dass die Fläche der Robotron-Kantine als Ausgleichspflanzfläche für andere Baumaßnahmen dienen sollte, was im Falle eines Erhalts wegfiel. Geeignete Alternativflächen dazu sehe man innerhalb 26er Ringes jedoch nicht. Auch sei ein Abriss eigentlich denkmalpflegerische Zielstellung für den Blüherpark.

Herr Dziallas bittet um Rederecht für die Leiterin des Kunsthouses Dresden, Frau Mennicke-Schwarz und den Ideengeber für das Open Future Lab, Herrn Fiedler. Es gibt keine Gegenreden. Herr Waldhelm bittet die Redebeiträge auf 5 min zu begrenzen. Frau Mennicke-Schwarz berichtet, dass die ehemalige Robotron-Kantine neuer Standort des Kunsthouses und in Zusammenarbeit mit dem Open Future Lab eine zentrale Begegnungsstätte für die Gesellschaft darstellen könne. Den Bürgern wäre somit die Möglichkeit gegeben, sich an einem, für alle zugänglichen, neutralen Ort zu treffen, sich weiterzubilden und sich über Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Kunst auszutauschen, fügt Herr Fiedler hinzu.

Diskussionsschwerpunkte:

Das vorgestellte Konzept findet in der Diskussion große Zustimmung. Allerdings diskutiert man über die hohen Kosten, welche noch nicht einmal genau feststünden. Herr Dziallas erklärt, dass Schätzwerte vorlägen, die sich auf Baukostenberichten, der Betrachtung der Bausubstanz und die Nutzungskonzepte stützten. Da das Grundstück jedoch noch nicht in städtischem Eigentum sei, fehle es an konkrete Zahlen.

Man schlägt vor, zunächst exakte Beträge zu ermitteln und ein schlüssiges, tragfähiges Konzept zu entwickeln, bevor man übereilt das Grundstück erwerbe. Dem widerspricht Herr Dziallas: Mit dem Eigentümer müsse man, zur Ermittlung eines Kaufpreises, zügig in Verhandlungen treten um den Abriss abzuwenden.

Herr Barth ergänzt, dass es eines Stadtratsbeschlusses für die Entnahme der Gelder aus der Liquiditätsreserve bedürfe.

Zum Falle des Abrisses wird gefragt. Herr Dziallas antwortet, dass der Eigentümer den Abriss laut städtebaulichem Vertrag durchführen könnte und müsste und dies auch bereits schon hätte tun können. Die Begrünung der Fläche würde dann von der Stadt erfolgen.

Eingewendet wird, dass eine Umgestaltung des Gebäudes weit über einen Umbau hinausginge und eher einen kompletten Neubau darstellen würde.

Dem Erhalt der ehemaligen Robotron-Kantine sollte man nicht nur wegen der Erinnerung an die Ostmoderne zustimmen. Das Betreiberkonzept müsse das Entscheidende sein, gibt Herr Adam abschließend zu bedenken.

Auf Anregung von Herrn Beger wird vom Antragsteller eine Ergänzung in Punkt 2. der Beschlussvorschlag übernommen. Dieser lautet nun wie folgt:

„... *An dem Runden Tisch sollen Vertreterinnen und Vertreter der Stadtverwaltung, des Stadtrates, **des Stadtbezirksbeirates**, Kreative und ... teilnehmen. ...*“

Herr Hoffmann stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf punktweise Abstimmung über den der Vorsitzende wie folgt abstimmen lässt:

Abstimmung punktweise Abstimmung: Zustimmung
Ja 9 Nein 5 Enthaltung 3

Herr Hoffmann reicht folgenden Ergänzungsantrag ein, über den der Vorsitzende abstimmen lässt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit den Akteuren ein langfristiges Betreiberkonzept bis 30.06.2019 vorzulegen.“

Abstimmung Ergänzungsantrag: Zustimmung
Ja 10 Nein 5 Enthaltung 3

Der Vorsitzende lässt über den Antrag in geänderter Fassung punktweise wie folgt abstimmen:

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

1. *Der Stadtrat bekennt sich zum Erhalt der ehemaligen Robotron-Kantine in der Lingnerstadt, ihre Überführung in kommunales Eigentum und eine zukünftige städtische Nutzung. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zum Erwerb der Liegenschaft unverzüglich in Verhandlungen einzutreten und dem Stadtrat bis zum 31.03.2019 ein Verhandlungsergebnis zur Beschlussfassung vorzulegen.*

Abstimmung: Zustimmung
Ja 15 Nein 1 Enthaltung 2

2. *Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen „Runden Tisch“ für die konzeptionelle Entwicklung der Robotron-Kantine als innerstädtischen Kultur-, Wissenschafts- und Begegnungsort einzuberufen. An dem Runden Tisch sollen Vertreterinnen und Vertreter der Stadtverwaltung, des Stadtrates, **des Stadtbezirksbeirates**, Kreative und Kulturschaffende sowie Vertreterinnen und Vertreter des Kunsthauses Dresden und des Projekts Open Future Lab teilnehmen.*

Abstimmung: Zustimmung des durch Einreicher geänderten Punktes
Ja 17 Nein 1 Enthaltung 0

3. *In die konzeptionelle Entwicklung sind auch notwendige Ausgleichsmaßnahmen für die im Zuge des bislang geplanten Abrisses avisierte neue Grünfläche aufzunehmen.*

Abstimmung: Zustimmung
Ja 12 Nein 1 Enthaltung 5

4. *Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit den Akteuren ein langfristiges Betreiberkonzept bis 30.06.2019 vorzulegen.*

Abstimmung: Ablehnung
Ja 7 Nein 8 Enthaltung 3

Abstimmungsergebnis: punktweise Zustimmung mit Änderung

2.7 Unverzüglich sichere Radwege auf der St. Petersburger Straße herstellen!

**A0488/18
beratend**

Stadtbezirksbeirätin Frau Krause stellt den Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vor. Intension sei der tragische Unfalltod einer Radfahrerin im August 2018 gewesen. Für Sicherheit sei umgehend zu sorgen.

Frau Krause betont vorweg, dass Maßnahmen nicht nötig wären, wenn sich jeder an Verkehrsregeln halten würde. Radfahrer müssten beim Vorbeifahren an einem parkenden Auto mindestens einen Seitenabstand von 1,5 m einhalten. Wenn sie dies an der St. Petersburger Straße täten, befänden sie sich schon am linken Ende des Radstreifens. Autofahrer, die diese Radfahrer nun überholen wollten, müssten dabei faktisch ebenfalls einen Sicherheitsabstand von 1,5 m einhalten. Dies dränge sich bei der Anordnung der Spuren nicht unbedingt auf, werde daher fast nicht praktiziert, und wenn, dann führe dies zu Stauungen.

Zwei Möglichkeiten stünden für eine sichere Radverkehrsführung nun zur Verfügung: eine Pkw-Spur weniger oder die Entfernung der Parkflächen. Zweiteres, als den minimaleren Eingriff, werde mit dem Antrag vorgeschlagen.

Herr Barth informiert zur Sicht des Geschäftsbereiches für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften. Die Reduzierung von Fahrspuren habe man auf Grund der Verkehrsbelastung von 25.000 Kfz/24 Std. verworfen. Derzeit seien zwei Varianten in Prüfung: Der Wegfall aller 110 Stellplätzen mit Auswirkungen auf das beschlossene Bewohnerparken oder die Erweiterung der Straßenbreite zulasten der Mittelinsel bzw. sonstiger Seitenbereiche.

Frau Krause bittet um Rederecht von Frau Dickert vom ADFC Dresden e. V.. Die Begrenzung des Redebeitrags auf 5 Minuten wird von Herrn Waldhelm erbeten. Gegenreden gibt es nicht. Das Rederecht wird für 5 Minuten erteilt. Frau Dickert erläutert anhand von Bildmaterial die aktuell gefährliche Situation für die Radfahrer auf der St. Petersburger Straße. Zu beachten sei dabei, dass die Straße Schulweg für viele Kinder mit Fahrrad sei. Sie bittet um Zustimmung zum Antrag.

Schwerpunkte der Diskussion:

Zuspruch findet die Intension des Antrages. Für mehr Sicherheit müsse man etwas tun, so die Wortmeldungen. Um den Wegfall der Parkplätze allerdings weitestgehend zu vermeiden werden drei weitere Vorschläge eingebracht.

Herr Schutt schlägt vor, das Parken mit den rechten Rädern auf den Bordsteinkanten, dort wo es möglich sei, zu erlauben. So könnte man den Abstand der packenden Autos zum Radfahrstreifen vergrößern.

Herr Hoffmann schlägt die Errichtung von zwei Radwegen (beide Richtungen nebeneinander) auf der östlichen Seite der St. Petersburger Straße, weg vom Straßenquerschnitt, auf den jetzigen fast durchgängigen Grünstreifen zwischen Gehweg und Gebäuden, vor. Diese Radwege könnte man vom Hauptbahnhof bis zur Carolabrücke in dieser Form führen. Platz gebe es genug. Frau Krause widerspricht, da dies den Verlust des letzten Grüns entlang der Straße bedeuten würde.

Herr Seifert plädiert für eine Verbesserung der optischen Wahrnehmung des Radstreifens und für die die Anwendung des „Holländer-Griffes“ durch die Autofahrer. Er stellt folgenden Ersetzungsantrag vor:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dafür zu sorgen, dass die Gefahrenpotentiale für Radfahrer auf den Radwegen entlang der St. Petersburger Straße zwischen Wiener Platz und Georgplatz so schnell wie möglich minimiert werden ohne dafür die vorhandenen straßenbegleitenden Parkplätze (Anwohnerparken und allgemeines Parken) zu entfernen. Dazu sollen folgende Maßnahmen umgesetzt werden bis spätestens zum 30. Juli 2019:

- 1. Die aktuellen Radstreifen sind flächig rot zu streichen und alle drei Meter abwechselnd mit großen Fahrradsymbolen zu versehen, die die gesamte Breite des Radweges einnehmen sowie werden mit dem Hinweis "Augen auf vor Türe auf" markiert.*
- 2. Die die Fahrradstreifen begrenzenden weißen Markierungen werden durch Licht reflektierende weiße Markierungen ersetzt.*
- 3. An den Parkscheinautomaten im Bereich zwischen Georgplatz und Wiener Platz werden die Autofahrer durch einen Informationsaufkleber auf die Gefahren beim Öffnen der Autotüren hingewiesen mit folgendem Wortlaut: "Bitte achten Sie beim Öffnen der Autotüren auf den Radverkehr! Tipp: Öffnen Sie die Fahrertür mit der rechten Hand!" Sie helfen damit Unfälle zu vermeiden!"*
- 4. Die Stadt startet eine Aufklärungskampagne für den "Holländer-Griff" also das Öffnen der Fahrertür mit der rechten Hand und somit zwangsläufigem Schulterblick. Dazu wird A. ein entsprechendes Informationsschreiben der Stadt an alle Fahrschulen in Dresden verschickt, mit der Bitte den Holländer-Griff allen Fahrschülern beizubringen und für dessen Anwendung zu werben und B. eine Plakatkampagne der Stadt für den Holländer-Griff noch in diesem Sommer durchgeführt.*
- 5. Die nötigen Mittel werden der Haushaltsreserve entnommen.“*

Der Vorsitzende äußert Zweifel an der Umsetzbarkeit in Hinblick auf die Zulässigkeit. Aufmerksamkeitssymbole müssten sparsam eingesetzt werden um Überreizung vorzubeugen. Schrift auf der Fahrbahn sei kein zulässiges Symbol. Der Platz für Beschriftung der Parkscheinautomaten sei begrenzt und die Stadtverwaltung Dresden könne zudem auch keinen Einfluss auf die Lehrinhalte der Fahrschulen nehmen.

Der Stadtbezirksbeirat Altstadt stimmt über den Ersetzungsantrag von Herrn Seifert ab:

Abstimmung Ersetzungsantrag: Ablehnung
Ja 5 Nein 11 Enthaltung 2

Im Folgenden stimmt der Stadtbezirksbeirat Altstadt über den Antrag A0488/18 in seiner ursprünglichen Fassung ab:

Abstimmungsergebnis: Zustimmung
Ja 12 Nein 2 Enthaltung 4

3 Kontrolle der Niederschrift zur 49. Sitzung des Stadtbezirksbeirates am 12.12.2018

Die Niederschrift zur 49. Sitzung am 12.12.2018 wurde von Herrn Helth und Herrn Marschner unterzeichnet. Es gibt keine Einwendungen.

4 Informationen, Hinweise und Anfragen

Informationen des Vorsitzenden:

- In Beantwortung der Anfragen aus der 46. Sitzung am 24.10.2018 von Herrn Beger zur Radonbelastung in der 48. Grundschule wird das Antwortschreiben des Geschäftsbereiches Bildung und Jugend ausgeteilt.
- In Beantwortung der Anfrage, ebenfalls aus der 46. Sitzung, von Herrn Waldhelm zum Planungsstand Parkhaus Pfothenauer Straße wird das Antwortschreiben des Geschäftsbereiches für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften ausgeteilt.
- Die Pressemitteilung zur Umgestaltung und Aufwertung von Seminarstraße und Bräuer-gasse wird ausgeteilt.
- Die Stadtbezirksbeiräte erhalten das Faltblatt zur Förderung von Klein- und Kleinstunter-nehmen. Die Vorlage dazu wurde im September 2018 im Ortsbeirat Altstadt vorgestellt.
- Ausgeteilt werden
 - o die Aufgabenabgrenzungsrichtlinie
 - o die Stadtbezirksförderrichtlinie
 - o ein Hinweisschreiben des jur. Referenten im Geschäftsbereich 3, Herrn Fisch-bach, zur Ausübung des Vorschlagsrechts und zur Stellung von Anträgen
 - o eine Tabelle zu Rechten und Pflichten Stadtbezirksbeiräten
 - o eine Übersicht zur Stellung von Anfragen

Die Geschäftsordnung-Stadtbezirksbeiräte wurde bereits mit der Einladung zur heutigen Sitzung versandt.

- Der Vorsitzende bittet um Unterstützung zur Erarbeitung eines Fußverkehrskonzeptes. Ausgeteilt werden Präsentationen zur Konzepterstellung sowie ein Anschreiben. Die Stadtbezirksbeiräte werden gebeten Netzergänzungen bzw. nötige Querungsstellen im Fußwegenetz bis zur nächsten Sitzung zu melden. Dabei sind die Anregungen in eine Kar-te einzuzeichnen und dem Stadtbezirksamt zu übergeben. Die Meldungen werden durch das Stadtbezirksamt zusammengefasst, in einem System eingetragen, dem Stadtpla-nungsamt übermittelt.
- Der Vorsitzende schlägt die Bildung einer Arbeitsgruppe zum Thema Haushalt der Stadt-bezirksbeiräte vor. Die Stadtbezirksbeiräte befürworten dies. Als Termin einigt man sich auf Donnerstag, 07.02.2019, 17 Uhr. Eine separate Einladung wird noch zugestellt.

Anfragen und Informationen der Stadtbezirksbeiräte:

- Herr Hoffmann fragt nach dem Formular zur Beantragung von Fördergeldern nach der Stadtbezirksförderrichtlinie. Die Formulare stünden zur Verfügung, sind unter dres-den.de abrufbar und man bereite eine Presseinformation dazu vor, informiert der Vorsit-zende.
- Herr Hoffmann bittet weiter um Überprüfung des Weges in Höhe Küchenstudio am Tele-komgebäude am Postplatz. Hier sei der Weg für Rollstühle und Kinderwagen durch den Bauzaun zu schmal. Der Vorsitzende wird dieses Anliegen vom Sachbearbeiter Ordnung

und Sauberkeit nachgehen lassen, bittet Herrn Hoffmann jedoch um konkrete Beschreibung per Mail.

- Ob die Stadtbezirksbeiräte für ihre ab Januar 2019 übertragenen Aufgaben vom Vorsitzende neu, hinsichtlich ihrer gewissenhaften, verantwortungsbewussten Erfüllung nach Recht und Gesetz, verpflichtet werden müssten, fragt Herr Hoffmann weiter. Herr Barth wird diese Frage mitnehmen.
- Herr Waldhelm berichtet von Beschwerden aus der Anwohnerschaft bezüglich zu lauter Lüftungsanlagen des Max-Planck-Institutes an der Pfotenhauer Straße. Messungen hätten dies auch gezeigt. Was könne die Stadt tun. Die Beschwerden dieser Art seien zuständigkeithalber direkt an das Umweltamt zu richten, antwortet Herr Barth.
- Herr Findeisen verabschiedet sich bei den Stadtbezirksbeirätinnen und –beiräten. Er wird nach Königsstein umziehen. Herr Barth bedankt sich bei Herrn Findeisen für sein ehrenamtliches Engagement und wünscht alles Gute.
- Herr Barth übergibt das Wort an Herrn Pietrusky, der die Aufgabe übernommen hat, die Tradition der jährlichen Spende des Stadtbezirksbeirates für einen guten Zweck fortzuführen. Man habe sich bereits geeinigt für den Verein arche noVa - Initiative für Menschen in Not e.V. zu sammeln, was sicher auch im Interesse von Herrn Dr. Ewers gewesen wäre. Herr Pietrusky kann im Ergebnis 175 Euro an den Verein übergeben.
- Herr Beger fragt nach dem Baubeginn der Sanierung des Erlwein-Hauses. Frau Pretzsch antwortet, dass lt. Artikel in der Sächsischen Zeitung der Sanierungsbeginn für das Gebäude an der Löbtauer Straße für Anfang 2019 und die Fertigstellung für Mitte 2020 vorgesehen sei.

Der Vorsitzende beendet 22:26 Uhr die Sitzung.

André Barth
Vorsitzender

Andrea Lack
Schriftführerin

Lutz Hoffmann
SBR-Mitglied

Edwin Seifert
SBR-Mitglied